

Fadegrad



von
Stefan Urech

«Betreuer Plus»

Vor vier Jahren hat das Zürcher Stimmvolk entschieden, dass nach und nach alle städtischen Schulen flächendeckend zu Tagesschulen umgewandelt werden sollen. Immer mehr Schüler werden also über Mittag auf dem Schulareal behalten, gepflegt und betreut. Die meisten Kinder und Jugendlichen werden auch noch nach dem Unterricht, der in diesem System bereits um 15 Uhr endet, betreut. Einige nehmen sogar ihr Frühstück in der Schule ein. Für die Bewältigung all dieser Betreuungsaufgaben ist logischerweise zusätzliches Personal notwendig. Dieses hilft unter anderem bei der Essensausgabe und kümmert sich während der unterrichtsfreien Zeiten um die Anliegen der Schüler. Während die Kinder am Vor- und Nachmittag die Schulbank drücken ist das Betreuungspersonal teilweise unterbeschäftigt. Die FDP-Gemeinderätin Yasmine Bourgeois forderte deshalb in einem Vorstoss die Möglichkeit, dass Betreuungsaufgaben während dieser «weniger belasteten Stunden» die Lehrer im Klassenzimmer unterstützen können. Die FDP-Ilerin wünschte sich ausdrücklich eine unbürokratische Umsetzung ihres Anliegens. Gemeinsam mit der Mehrheit des Rates stimmte die SVP vor einigen Monaten dem Vorstoss zu und erhoffte sich durch den effizienteren Einsatz der Arbeitskräfte auch eine Eindämmung des exponentiellen Stellenwachstums im Bildungsbereich. Weder die Postulantin Yasmine Bourgeois noch die SVP erahnten aber, was für eine bürokratische Lawine dieser Vorstoss lostreten würde. Erst befasste sich das Schulamt mit der Abwägung der Frage, zu wie viel Prozent Lehrer und Klassenassistenten durch den Einsatz der Betreuer im Klassenzimmer entlastet werden könnten. Dann wurde die Frage evaluiert, ob die Betreuer eventuell besser in Hausaufgaben-Nachhilfe-Stunden als im Klassenzimmer eingesetzt würden und welche Auswirkung dies auf die Arbeitspensen der Lehrer hätte. Nach Abschluss dieser Evaluation meldete sich das «Human Resources Management» der Stadt Zürich zu Wort. Es brauche für den Einsatz der Betreuer eine neu definierte Vereinbarung. Natürlich stand jetzt auch eine neue Jobbezeichnung an: Man kam auf «Betreuer Plus». Daraufhin schaltete sich die Alternative Liste (AL) ein und bemängelte, dass die bisherigen Klassenassistenten im Vergleich zu den neuen «Betreuer Plus»-Angestellten zu wenig verdienen. Die AL reichte nun ihrerseits einen Vorstoss nach und forderte, dass die «Betreuer Plus» mit diversen Weiterbildungen für ihre neuen «Plus-Aufgaben» vorbereitet werden müssen. Wie die Sache nun weitergeht steht noch in den Sternen. Auf der bürgerlichen Seite wurde jedoch bald klar, dass eine unbürokratische Umsetzung in der Zürcher Verwaltung und Politik unmöglich scheint.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Geschäftsbericht und Rechnung der Asylorganisation Zürich (AOZ)

An diesem Mittwoch sind sowohl der Geschäftsbericht von der Geschäftsprüfungskommission (GPK) als auch die Rechnung von der Rechnungsprüfungskommission (RPK) im Gemeinderat behandelt worden.



Roberto Bertozzi
Gemeinderat SVP
Zürich

Die Rechnung der AOZ ist gegen den Willen der SVP genehmigt worden. Roberto Bertozzi hat als RPK-Vertreter der SVP die Ablehnung der Rechnung folgendermassen argumentiert: «Obwohl die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Gewinn von Fr. 362 619 abschliesst, lehnt die SVP auch dieses Jahr die Jahresrechnung ab.

Der Stadtrat gefährdet die öffentliche Sicherheit

Die SVP hat wiederholt auf die ungenügenden Ein- und Austrittskontrollen/allgemeine Sicherheit in Asyleinrichtungen hingewiesen. In der Messehalle 9, wo Asylsuchende bis vor kurzem untergebracht waren, gab es keine Kontrollen. Bei der Einführung des neuen Bundesasylzentrums auf dem Duttweiler-Areal sind strikte Ein- und Austrittskontrollen eingeführt worden, was die SVP sehr begrüsst. Es ist aber nicht lange gegangen, bis die vom Staatssekretariat für Migration (SEM) eingeführten Kontrollen seitens des Stadtrats von Zürich und der AOZ heftig kritisiert worden sind. Ziel: Druck auf das SEM auszuüben, welches für den Betrieb des Bundesasylzentrums in Zürich verantwortlich ist, um die strikteren Kontrollen nachträglich wieder zu lockern. Mit seiner Haltung gefährdet der Stadtrat die öffentliche Sicherheit

in der Stadt Zürich! Dieses Verhalten lehnt die SVP strikte ab, was mit der Ablehnung der Jahresrechnung 2019 der AOZ zum Ausdruck kommen soll. Dennoch stimmte eine Mehrheit im Rat gegen den Willen der SVP der Jahresrechnung von AOZ zu.

Geschäftsbericht der AOZ

Zum Geschäftsbericht 2019 der AOZ, der ebenfalls gegen den Willen der SVP genehmigt wurde, hat sich Martin Götzl im Rat geäussert. Hier folgt ein Auszug seines Votums:

«Der 39-seitige Geschäftsbericht zeigt eindrücklich auf, welche Leistungen und welche Strategie die AOZ verfolgt. Abgefasst in einem Hochglanzprospekt. Ein Dokument für Kunden. Und genauso behandelt die AOZ seine Asylbewerbenden, Kunden oder Klienten. Wer als Asylbewerber in dieses Prospekt schaut, weiss genau, hier verspricht man eine 5-Sterne Unterkunft, alle erdenklichen Leistungen und dies noch mit x-Gault-Millau-Punkten. Das ist meiner Auffassung nach nicht korrekt. Aber, wer zwischen den Zeilen liest, kriegt Einblicke in eine Schattenwelt der Stadtzürcher Gutmenschen. Man sieht auch Intransparenz, sieht auch Filz und Veruschung.

Sauhäfeli-Saudeckeli-Politik

Hat die AOZ eigentlich Erfolge vorzuweisen? Oder Misserfolge? Für die Analyse steht alles zur Verfügung: Unbegrenzte und pralle Steuergeldtöpfe, viele Mitarbeitende und eine blauäugige Politik, welche den Nährboden legt. Sauhäfeli-Saudeckeli-Politik vom Stadtzürcher Etablissement. Aber, wo sind

eigentlich im Geschäftsbericht die Auswertungen? Wie viele Asylbewerber haben sich vorbildlich integrieren können? Wie viele sind Jahre später wieder nach Hause? Und wie viele hängen auch Jahre später am Honigtopf und sind sogenannte «Klienten» der Sozialhilfe?

Vom Geschäftsbericht zum Tätigkeitsbericht

Deshalb wechselt nun die Bezeichnung «Geschäftsbericht» zu «Tätigkeitsbericht» und im Falle der Stadt Zürich zum «Untätigkeitsbericht». Was tut ei-

gentlich der Sozialvorsteher Raphael Golta? Strotzt offensichtlich vor Untätigkeit. Im heutigen Zeitungsartikel vom Tagesanzeiger (08.07.2020) zu den Missständen auf dem Marktplatz in Oerlikon, wo Asylsuchende das Leben den Anwohner durch Lärm, Verschmutzung etc. zur Hölle machen, wird der Direktor der AOZ, Thomas Kunz, zitiert: «Ihm seien in den vergangenen Monaten keine Reklamationen wegen des Marktplatzes Oerlikon zu Ohren gekommen und er werde nun abklären, wie die Verhältnisse dort wirklich sind.» Herr AOZ-Direktor, es gibt nichts abzuklären, die Facts liegen auf dem Tisch. Lösen sie jene Probleme, welche sie selber gemacht haben!>



Geschäftsbericht und Rechnung der Asylorganisation Zürich (AOZ) wurden gegen den Willen der SVP genehmigt.
Quelle: Unsplash.com

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP-GEMEINDERATSFRAKTION

Rechnung 2019 verletzt übergeordnetes Recht

Der Stadtzürcher Steuerzahler ist sich einiges gewohnt: Dank satter Mehrheiten in der Regierung und im Stadtparlament gängelt Rot-Grün den Bürger seit Jahren mit zu hohen Steuersätzen. Nur dank jährlichen Rekordsteuereinnahmen konnte die Exekutive in den letzten Jahren positive Rechnungsabschlüsse präsentieren. So auch für das Jahr 2019.

sVP. Doch was jetzt auf dem Tisch liegt, ist ein Skandal. Ein Skandal, den diese Stadt noch nicht erlebt hat. Begonnen hat es mit einem Eingeständnis von Finanzvorsteher Daniel Leupi. Im Januar dieses Jahres eröffnete er der Öffentlichkeit, dass die Stadt einen ausserordentlichen Abschreiber von 176 Millionen Franken beim Bettenhaus Triemli vornehmen muss. Wir erinnern uns: Das hochgelobte, im März 2016 eröffnete Bettenhaus kostete rund 300 Millionen Franken. Nach weniger als drei Jahren soll mehr als die Hälfte des Investitionsbetrages abgeschrieben werden! Dieser Abschreiber ist das Eingeständnis der eigenen Fehlplanung und des Grössenwahns von Rot-Grün. Nun versehen mit dem amtlichen Siegel von Stadtrat Leupi.

Die Beratung der Rechnung in der RPK hat dann zu Tage getragen, dass der ausserordentliche Abschreiber gegen das Gemeindegesetz des Kantons Zürich verstösst. Was der Stadtrat getan hat, entbehrt einer gesetzlichen Grundlage. Wir müssen dies als Skandal bezeichnen. Die Exekutive des Gemeinwesens mit dem drittgrössten Haushalt dieses Landes bewegt sich ausserhalb von Recht und Gesetz. Für die Rechnung 2019 muss der Stadtrat gerade stehen, eine Décharge für Gesetzesbruch kann nicht erteilt werden. Die SVP-Fraktion wird die Rechnung aus diesem Grund ablehnen.

Auch mit dem gesetzeswidrigen Abschreiber von 176 Millionen Franken wurde noch ein Ertragsüberschuss erzielt: Er liegt bei 83,2 Millionen Franken. Der positive Rechnungsabschluss ist jedoch nicht einer schlanken Verwaltung zu verdanken, die sich auf die notwendigsten Aufgaben fokussiert. Im Gegenteil. Der rot-grüne Stadtrat hat die Stadtverwaltung zu einem monströsen Gebilde ausgebaut, mit vielen un-

nötigen Projektstäben, Fachstellen und Dienstabteilungen, die sogar die Privatwirtschaft in der Stadt bedrängen. Ein Beispiel dafür: Abteilungen von Grün Stadt Zürich konkurrenzieren die Floristen und Gärtnereien in der Trauerfloristik. Die Steuerzahler und die gute Wirtschaftslage haben den stetigen linksgrünen Leistungsausbau der letzten Jahre kaschiert und finanziert. Diese Phase der Glückseligkeit ist nun vorbei. Die Corona-Pandemie katapultiert die Wirtschaft in eine Rezession. Wir werden mit steigenden Ausgaben im Sozialbereich rechnen müssen. Auch die Corona-Mehrausgaben der vergangenen Monate werden auf die städtischen Finanzen durchschlagen. Ein Defizit im dreistelligen Millionenbereich prognostiziert der Stadtrat derzeit für die Rechnung 2020. Dies müsste Grund genug sein, damit die Exekutive jetzt die Weichen stellt, damit Zürich nicht vollends unter die Räder kommt: Ab 2022 muss die Stadt wieder ausgeglichene Rechnungen präsentieren. Alles Wünschbare und Gutgemeinte ist konsequent zu streichen. Mit einer Verzichtplanung ist bei bereits bewilligten Stellen der Gürtel enger zu schnallen. Das Wort «Stellenausbau» muss aus dem Vokabular des Stadtrates gestrichen werden.

Doch der Stadtrat bleibt stur: Die beiden Postulate 2020/225 und 2020/226 der FDP- und der SVP-Fraktion vom 3. Juni 2020, die eben dies fordern, beantragt er zur Ablehnung. Beides sind Forderungen, welche in der derzeitigen Krisenlage eine Selbstverständlichkeit darstellen.

Die SVP-Fraktion verortet die Stadtfinanzen am rot-grünen Abgrund, doch der Stadtrat ist nicht willens, ein Wendemanöver einzuleiten. Das sind düstere Aussichten für die Bürger der Stadt.

BERICHT AUS DEM WINTERTHURER GEMEINDERAT

Autofreie Sonntage?

Links-Grün fordert in einer Motion eine Grundlage für vier autofreie Sonntage in Winterthur. Wie diese Forderung umgesetzt werden kann, ist fraglich. Trotz Hinweis zum Beschluss des Bundesgerichts über die Ungültigkeit der Initiative «Zürich autofrei», wichen die Motionäre nicht zurück.



Pascal Rütsche
Gemeinderat SVP
Winterthur

Im Gegenteil: Sie verlangten sogar die Sperrungen diverser Strassen an diesen Sonntagen. Anstatt die Strasse für den Verkehr zu nutzen, könne man auf den Strassen zum Beispiel ein Fest organisieren, war neben der Einsparung des CO₂-Ausstosses und des Lärmschutzes eines der Argumente. Tatsache ist, würde die Motion umgesetzt, wäre dies ein deutlicher Eingriff in die Wahlfreiheit des Transportmittels. Mit dem Schlusswort der Grünen «Autofahren sei kein Menschenrecht», wurde die Motion leider deutlich überwiesen.

Biodiversität geht verloren

Mit dem Postulat Biolandwirtschaft wird die Umstellung von städtischen Betrieben und von allen städtischen Pachtlandwirtschaften auf Biobetrieb verlangt. Die SVP-Fraktion stellte den Ablehnungsantrag und versuchte, über die schwerwiegenden Konsequenzen für die Landwirte auf den städtischen Höfen und für private Landwirte mit städtischem Pachtland aufzuklären. Es gibt nur Verlierer, die privaten Landwirte die um ihre Existenz fürchten müssten, die Pächter der Städtischen Betriebe, die das anfallende Arbeitsvolumen nicht bewältigen könnten und alle, die sich für die Förderung der Biodiversität und Vernetzung eingesetzt haben. Die jetzt flächendeckende Ver-

netzung würde implodieren und in sich zusammenfallen. Grösster Verlierer aber ist die Biodiversität, warnte SVP Gemeinderat und Landwirt Hansruedi Hofer. Leider wurde das Postulat trotzdem an den Stadtrat überwiesen.

Polizei ohne Schweizer Pass?

In einem weiteren Postulat wird gefordert, dass Personen ohne Schweizer Pass den Polizeiberuf ausüben dürfen. Für die SVP-Fraktion ist klar: Wer den Beruf als Polizistin oder Polizist ausüben will, muss den Schweizer Pass besitzen.

Nur mit dem Schweizer Pass ist eine vollständige Integration abgeschlossen. «Wer das Gesetz hütet und durchsetzt, soll auch als Bürger voll berechtigt und hinsichtlich der Integration ein Vorbild für andere sein», sagte Gemeinderat Markus Reinhard als Abschluss seines Referates.

Diskussion um die Stromtarife

Auch wurde über eine Änderung der Stromtarife diskutiert. Diese sollen neu nach den Produktionszyklen der Fotovoltaikanlagen ausgerichtet werden. Dieses Postulat führt zu höheren Stromkosten für die Bezüger, weshalb es die SVP ablehnt.

Der Grund für den Vorstoss von Links: Die Schweiz importiert im Winter mehr Strom als im Sommer aus dem Ausland. Auch dieses Postulat wurde überwiesen. Hingegen das SVP-Postulat, eingereicht durch den SVP Gemeinderat Michael Gross, mit dem Ziel, die inländische nachhaltige Energieversorgung der Schweiz sicherzustellen, wurde deutlich abgelehnt.